

Sicherheit benötigt eine klare friedenspolitische Perspektive!

Kommentar der Deutschen Kommission Justitia et Pax zum Weißbuch Sicherheitspolitik der Bundesregierung

Bonn, 07. November 2016 Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat das Weißbuch Sicherheitspolitik der Bundesregierung in einem Kommentar kritisch gewürdigt. Die Kommission bewertet den breiten Konsultationsprozess im Vorfeld der Erstellung des Weißbuchs positiv. Sie begrüßt den weiten sicherheitspolitischen Ansatz, der sich insbesondere in den Ausführungen zur Resilienz als sachgemäß und weiterführend erweist. Vor diesem Hintergrund teilt die Kommission die Auffassung, dass dem vernetzten Handeln der verschiedenen Akteure eine wachsende Bedeutung zukommt. Allerdings lassen die diesbezüglichen Äußerungen des Weißbuchs Überlegungen zur Unterscheidbarkeit sowie den Grenzen der Rollen der zivilen und militärischen bzw. zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure vermissen. Dieser Mangel an konzeptioneller Klarheit trage nicht dazu bei, das spannungsreiche Feld der Akteursbeziehungen konstruktiv zu gestalten, so der Kommentar. Dabei wird auch auf den Vorschlag der EU Kommission vom Juli 2016 hingewiesen, finanzielle Mittel des EU Instruments für Stabilität und Frieden zukünftig auch für die Ausbildung und Aus-rüstung von Militär in Drittstaaten einzusetzen. Bislang waren diese Mittel ausschließlich für zivile Maßnahmen der Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung bestimmt. „Ein schlüssiger Politikansatz ergibt sich nicht dadurch, dass man Finanzierungsinstrumente vermischt auf Kosten der generell unterfinanzierten Peacebuilding-Kapazitäten“, so heißt es kritisch dazu im JP Kommentar.

Weitere Unklarheiten werden mit Blick auf die Rolle deutscher und europäischer Rüstungsexportpolitik moniert. Die Kommission artikuliert die Sorge, dass dadurch die Aufweichung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik weiter gefördert wird. Aus friedens- und sicherheitspolitischer Perspektive wäre dies kontraproduktiv.

Die Hauptkritik der Kommission richtet sich darauf, dass die vorgelegte sicherheitspolitische Perspektive nicht in eine klare friedenspolitische Perspektive integriert ist. Ohne die Entwicklung eines entsprechenden friedenspolitischen Leitbildes bestehe die Gefahr, letztlich bei der sicherheitspolitischen Perspektive der (nationalen) Gefahrenabwehr stehen zu bleiben und die Chancen zu grundlegenden Veränderungen nicht angemessen wahrzunehmen.

Der Kommentar ist als Anlage dieser Pressemitteilung beigelegt.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Gertrud Casel
Geschäftsführerin
Tel: 0228 - 103 303